

**Kreistag des
Stadtkreis Bocholt**
Ämtlicher Angelegenheiten
des Landratsamtes,
von Bürgermeister
Ämtern und Ämtern
des Kreises Borken.

Organ
der Zentrumspartei

Nummer 335

Sonntag, den 2. Dezember

Jahrgang 1928

Volksblatt

Geschäftsstellen:
Bocholt, Reichshaus
Hofstr. 14. Fernspr.
Sammler. 3054.
Hede: J. Heinrichs.
Anholt: W. Wolfing.
Borken: Th. Werra.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Keine Forderung im Eisenkonflikt

Auch die politische Lage ist ernst.

Δ Berlin, 1. Dez. Im Eisenkonflikt hat sich die Lage seit gestern Abend nicht verändert. Die Lage, wie auch die politische, ist selbstverständlich ernst, jedoch besteht kein Grund, von Krisen und ähnlichen Zu- spassungen im gegenwärtigen Augenblick zu reden.

Der Tag der Entscheidung.

Bekanntlich tritt am Sonntag die Revisionkonferenz der freien Gewerkschaften zusammen, um darüber zu ent- scheiden, ob sie Severing, der vielleicht selbst noch zu ihnen gehört, als Schlichter annehmen. Fällt diese Entscheidung positiv aus, dann bedürfte es noch einer formellen Verständigung mit den Arbeitgebern über die alsbaldige Wiedereinstellung der Betriebe (zunächst zu den bisherigen Bedingungen), und dann könnte Minister Severing in das Revier reisen, um das Material von beiden Seiten entgegenzunehmen und seinen endgültigen Spruch zu fällen.

Man erwartet, daß, wenn alles gut geht, dies in acht bis zehn Tagen geschehen könnte. Zu dieser Situation schreibt die „Frl. 31g.“ u. a.:

Die Verantwortung der Gewerkschaftsführer gegen- über ihren Mitgliedern ist wahrlich nicht gering. Aber dies alles kann sie nicht von der Pflicht entbinden, genau abzuwägen, wozu es jetzt geht. Nun sie das, dann kann und darf ihre Entscheidung nicht gegen den Vorstoß der Reichsregierung ausfallen. Noch selten hat die Arbeiterkraft in einem großen Kampfe die Sym- patien der öffentlichen Meinung in dem Maße gewonnen wie in dem Eisenkonflikt. Die öffentliche Meinung versteht aber nicht die juristischen und sonstigen Einwände technischer Art, die jetzt die Gewerkschaftsführer hemmen mögen, sie sieht nur, daß in der Präsentation Severings beiden Parteien eine große Chance ge- geben ist, den Kampf in lauter Weise schnell zu beenden, und sie würde es nie verzeihen, wenn gerade die Arbeiter-

seite diese Chance durch ihren Widerspruch zunichte machte. Es mag sein, daß an die Disziplin einer Arbeiterorgani- sation und an das Verantwortungsbewußtsein ihrer Führer noch nie so harte Anforderungen gestellt wurden wie in diesem Falle, aber es wäre ein ver- hängnisvoller Fehler, wenn sie gerade diesmal den Rat wohlmeinender Freunde nicht achteten."

Am Sonntag wird in Essen auch eine gemeinsame Besprechung aller Gewerkschaftsführer stattfinden und hier das Ergebnis der drei Revisionkonferenzen aus- getauscht werden. Durch die Einschlebung der Revi- sionskonferenz werden die Aussichten für ein Gelingen der Aktion der Reichsregierung nicht vergrößert, und es ist verständlich, daß der Reichsanwalt sich bemüht, diese Absicht zu verhindern und nur den Haupt- vorstand tagen zu lassen. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband ist mit Kommunisten durch- drungen, die gerade in dieser Organisation ihre berühmten „Zel- len" gegründet haben. Aber allein können die freien Gewerkschaften nicht durchhalten, und es besteht immer- hin die Hoffnung, daß doch noch ein zustimmender Be- schluß zustandekommt. Die Gewerkschaften aller Rich- tungen sind natürlich bestrebt, die gewerkschaftliche Ein- heitsfront nicht zu durchbrechen, und werden daher alle Anstrengungen machen, um die bisherige Geschlossen- heit zu erhalten. Es fragt sich nur, welche Richtung sich schließlich durchsetzen kann. Bei den Gewerkschaften herrscht eine gewisse Zustimmung darüber, daß der Reichsanwalt zwar den Arbeitgebern, nicht aber den Arbeitnehmern vorher über die Person und die Leistung aus- über den materiellen Inhalt des zu fällenden Schieds- spruches Mitteilung gemacht hat. In der sozialdemo- kratischen Reichstagsfraktion ist es deshalb auch zu hef- tigen Angriffen gegen den Reichsanwalt ge- kommen. Die Entscheidung liegt jetzt in der Hauptfrage bei dem Hauptvorstand und der Revi- sionskonferenz des freien Metallarbeiterverbandes.

Die Verhaftungen in Mainz.

Angebliche Dokumentendiebstähle in französischen Offizierswohnungen.

× Mainz, 1. Dezember.
Ueber den Verlauf der ersten in knappen Umrissen be- kannt gewordenen Verhaftungen von Beam- ten des Reichsvermögensamtes erfährt man nunmehr folgende Einzelheiten:

Am Mittwoch vormittag kurz nach 10 Uhr erschienen drei französische Geheimpolizisten im Ge- bäude des Reichsvermögensamtes. Während einer der Franzosen an der Pforte stehen blieb, begaben sich die beiden anderen in die Büroräume des 54-jährigen Ver- waltungsoberinspektors Hans Kray, der früher als Festungsbaumeister tätig war. Sie ließen einen Beamten das Zimmer verlassen und nahmen dann eine eingehende Untersuchung vor, die sich auf den Schreibtisch, die Möbel und auch die Kleidung des Oberinspektors erstreckte. Die französischen Beamten beschlagnahmten einen Teil der vorhandenen Papiere und erklärten den Beamten für verhaftet. Erst nach einiger Zeit erfuhr der Vorgesetzte des Reichs- vermögensamtes, Oberregierungsrat Lang, den Sach- verhalt und erhob beim französischen Generalstaatschef Protest dagegen, daß man eine Durchsuchung und Be- schlagnahme in den Arbeitsräumen des Reichsvermö- gensamtes vorgenommen habe, ohne ihn davon zu ver- ständigen. Ihm wurde hierauf mitgeteilt, daß eine Verletzung der Ordinance 71 der Rheinlandkommission (Spionage) vorliege. Oberregierungsrat Lang in- formierte sofort seine vorgesetzte Behörde. Donner- stag vormittag traf daraufhin der Präsident des Reichsvermögensamtes Koblenz, Kollatz in Mainz, ein, um sich über die Vorgänge zu unter- richten.

Nach der Verhaftung des Oberinspektors begaben sich die französischen Beamten auch in dessen Privatwoh- nung und nahmen dort gleichfalls umfangreiche Dur- suchungen vor. Gegen 1 Uhr mittags erschienen drei französische Kriminalbeamte in der Wohnung des in der Möbelabteilung des Reichsvermögensamtes beschäftigten Heinrich Schilling, wo sonst nur französische Offiziere wohnen und Schilling Hausverwalter ist. Sie hielten hier ebenfalls eine eingehende Hausdurchsuchung ab

und erklärten Schilling für verhaftet. Ebenfalls am Mittwoch vormittag wurde die Wohnung des Kassensäckers Seeger in Wei- senau - Seeger ist im Artilleriepark beschäftigt - ferner die Wohnung des im Fliegerpark tätigen Ar- beiters Franz und die des Hindenburgstraße 49 wohnhaften Heizers Schmidt durchsucht. Das Haus Hindenburgstraße wird gleichfalls nur von franzö- sischen Offizieren bewohnt.

Donnerstag vormittag erfolgten dann im Zusammen- hang mit der Angelegenheit die Verhaftungen, des im Stadtpart in einem französischen Offiziershaus wohnhaf- ten Heizers Stenner und weiterhin die des im frü- heren Zeughaus und jetzigen französischen Soldaten- heim in der Rheinstraße und in der Cooperative in der Gerichtsstraße tätigen Heizers Wöder. Allen Ver- teiligten wird zur Last gelegt, sich gegen die Ordinance 71 der Rheinlandkommission, betreffend Spionage und Gefährdung der Sicherheit der Besatzungstruppen vergan- gen zu haben. Oberinspektor Kray soll verhaftet haben, durch Vermittlung der anderen Verhafteten Schriftstücke und Pläne zu erhalten, die von diesen in den französi- schen Offizierswohnungen entwendet werden sollten. Außerdem sollen die Beschuldigten mit einem Geheim- agenten aus dem unbesetzten Gebiet in Verbindung ge- standen und diesem Material geliefert haben.

Bei den bisherigen eingehenden Verhör wurden alle Vertreter deutscher Behörden und Rechtsbeistände ferngehalten, jedoch ein Ur- teil über das diesen Beschuldigten zu Grunde liegende Tatmaterial nicht möglich ist. Nebenfalls sind Schilling, Franz und Stenner bereits freige- lassen worden.

Von französischer Seite wird folgende Darstellung der Angelegenheit gegeben: Die Dienststelle der Sicherheits- polizei der Rheinarmee hatte vor kurzem erfahren, daß in den Wohnungen einer Anzahl angeblich abwesen- der Offiziere der Mainzer Garnison Ein- brüche verübt worden sind, um auf diese Art Schrift- stücke und Urkunden militärischen Art zu erhalten. Auf Grund dieser Mitteilungen sind am 28. 11. mehrere Deut- sche verhaftet worden, die an diesen Einbrüchen entweder als Veranlasser oder als ausführende Organe beteiligt sind. Die Untersuchung ist im Gange.

Blutige Zwischenfälle in Agram.

● Graz, 1. Dez. Die „Tagespost" meldet aus Agram: Die Jahreshesfeier der Selbständigkeit Jugoslawiens begann heute in Agram sehr stürmisch und nahm einen blutigen Verlauf. Um 9 Uhr früh sollte in der Kathedrale ein Festgottes- dienst stattfinden. Kurz vor Beginn des Gottesdienstes kletterten drei Hofschilder auf den Turm und hielten dort drei große Trauerfahnen. Auf der mittleren war das Wappen von Kroatien, auf der linken Fahne das Datum 1. 12. 1918 und auf der rechten das Datum 20. 6. 1928 angebracht. Als das Publikum die

Fahnen bemerkte, bemächtigte sich der Massen große Aufregung. Es kam zu Kundgebungen ge- gen die Regierung und das Regime, und es fielen auch Rufe gegen das Militär. In- zwischen hatten Polizeibeamte die drei Studenten vom Turm geholt, verhaftet und wollten sie zur Polizei bringen. Als dies vom Publikum bemerkt wurde, drang die Menge auf die Polizisten ein, um die Studenten zu befreien. Es kam zu Zu- sammenstößen, wobei die Menge die Polizei mit Steinen bewarf. Ein regelrechtes Feuergefecht entstand, bei dem über 100 Schüsse abgegeben wur- den. Ein Student blieb auf der Stelle tot, während

ein Polizist und ein Arbeiter schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht wurden. Die Kundgebungen setzten sich dann noch bis 10 Uhr fort, bis schließlich durch verstärkte Polizei- und Gendarmerieabteilungen die De- monstranten zerstreut wurden. In der Stadt herrscht noch große Aufregung, und man befürchtet wei- tere Unruhen.

Brand über die Organisierung des Friedens.

Δ Paris, 1. Dez. Bei dem Empfang der Abordnung der Amities Internationales und der Vereinigung für europäische Zusammenarbeit, der am 24. November statt- fand, erklärte Brand, wie ein Mitglied dieser Dele- gation jetzt in der „Volonté" berichtet, er wolle seine ganze politische Aktivität dafür einlegen, den europäischen Frieden zu organisieren, und er glaube, daß man auch dahin gelangen werde, dieses Ideal zu verwirk- lichen und zwar zunächst durch Bildung eines Ver- bandes der Völker Europas. Dieser Verband würde allen öffentlichen, soweit sie einfließen, das Inter- esse in der Zusammenarbeit und nicht im Antago- nismus liege. Auf eine an ihn gerichtete Anfrage habe Brand ausdrücklich erklärt, daß er es genehmige, diese seine Auffassung von der Außenpolitik weiterzu- geben.

Ein rückgängig gemachte Protestkundgebung.
Δ Paris, 1. Dez. 62 Studenten der „Ecole normale superieure", die in einer öffentlichen Kundgebung in scharfen Worten gegen den obligatorischen Re- serve-Offiziersausbildungskursus pro- testiert hatten, haben jetzt dem Direktor der Schule ein Schreiben überreicht, in dem sie erklärten, man habe sie überzumpelt und ihren guten Glauben miß- braucht. Sie hätten ihre Unterschrift für den Aufruf lediglich aus Solidaritätsgefühl hergegeben und der wesentlichste Teil des Textes sei von ihnen garnicht ge- lesen worden. Im ganzen hatten 83 Studenten den Auf- ruf unterzeichnet.

Die Verhaftung Bruno Scherls.

Der Kampf um die politische Richtung des Verlages.

Δ Berlin, 30. Nov. Gestern spät abends stellte sich Bruno Scherl, gegen den, wie gemeldet, wegen Wechsel- betrages Haftbefehl erlassen worden ist, auf einem Poli- zeirevier. Er gab an, daß er durch die Zeitung Kenntnis von dem gegen ihn erlassenen Haftbefehl erhalten habe und bat um seine Festnahme. Er erklärte, daß er keine betrügerischen Handlungen begangen habe und daß ihm die Verhaftung willkommen sei, da er nun Gelegen- heit habe, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zu ent- kräften und die ganzen strittigen Vermögensverhält- nisse zur Sprache zu bringen. Er wurde in Polizei- gewahrsam genommen.

Nachdem August Scherl im Jahre 1921 gestorben war - und zwei Jahre später seine Frau - , hatte es sich heraus, daß der Nachlaß August Scherls nicht nur gleich Null, sondern nicht einmal zur Zahlung der Verbindlichkeiten ausreichte. Der Nachlaß August Scherls war verpfaundet. Zu Testa- mentsvollstreckern waren einer der Söhne aus zweiter Ehe, Dr. Georg Scherl, Sanitätsrat Dr. Jäger und Advokat Dr. Baurd Goldmann ernannt worden. Den sechs Kindern drei aus erster und drei aus zweiter Ehe, war aus dem Nachlaß nichts geblieben.

Bruno Scherl hatte ein Pfandrecht an einem Sch- achtel des Nachlasses zu beanspruchen, der zwar zahlenmäßig nichts bedeutete, dennoch aber an den Ber- liner Kaufmann Heinrich Starz abgetreten war. Die Gültigkeit dieser Abtretung ist übrigens strittig. Bruno Scherl, gegen den im Jahre 1925 das Konturverfahren geübt wurde, wurde im März d. Js. gezwungen, den Offenbarungseid abzulegen, wegen einer Summe von 600 M., nachdem zuvor wegen eines Betrags von 100 M. Verurteilungsurteil gegen ihn ergangen war. Trotzdem den Offenbarungseid abge- legt hatte, gab er vier Monate später Wechsel in Höhe von 4 Millionen Mark in Zahlung. Die mit Ausnahme eines Wechsels von 100.000 M. ins Ausland, vorzugsweise nach Preßburg und Wien, gingen und die ausnahmslos von Solzindulstrelten ent- gegengenommen worden waren. Für diese Wechsel hat Bruno Scherl einige hunderttausend Mark erhalten.

Soweit sich bisher überlegen läßt, ist der einzige Ge- schädigte in Deutschland der Stuttgarter Solzindulstrelle Müller, der einen Wechsel über 100.000 M. angenom- men hatte. Als er erfuhr, daß der Wechsel jeden Wertes entbehrte und er durch die Entgegennahme an den Rand des Abgrundes gebracht worden war, ließ er durch seinen Rechtsanwalt Dr. Hans Kuhnemann An- zeige bei der Staatsanwaltschaft II erstatten. Die Staatsanwaltschaft stellte durch Erhebung und Fest- legung eidesstattlicher Versicherungen fest,

daß eine betrügerische Absicht vorlag, und beantragte Haftbefehl.

Bruno Scherl begründet die Ausgabe dieser Wechsel mit Äußerungen, die er an den Scherl-Verlag zu stellen habe. In einem Artikel, den er im Juni d. Js. in der von Professor Dr. Herbert Hirschberg heraus- gegebenen Zeitschrift „Der geistige Arbeiter" öffent- lichte, hatte er auf das angebliche Unrecht hingewie- sen, das er von Hugenberg zu erdulden gehabt habe. „Mein Vater August Scherl würde sich mehrmals im Grabe herumdrehen, wenn er sehen würde, wie die von ihm begründeten Zeitungen anstatt - wie früher - für die Regierung, jetzt fortgesetzt nur gegen die von der Majorität des deutschen Volkes ein- gesetzte Regierung arbeiten, eine Regierung, die, wie er, August Scherl, selbst früher, immer stark gegen jeden Krieg eingestellt ist. Hugenberg hat zwar den Namen der „Firma" August Scherl und die Aufnahme der vielen 1924 von ihm selbst fast voll in Rente auf- gewendeten Millionen in die erheblichen Maße - der

seine Kräfte zur Verfügung heute nicht mehr, aber die unterirdische Seele des nun toten August Scherl, nicht je- nen weiterlebenden Geist. Mein Erbteil gleicht nun Hu- genbergs Standpunkt gleich einer Null. Wer laßt da nicht? Ich werde ihn jedoch darüber belehren, daß, wer zuletzt lacht, es bekanntlich am besten macht." Tat- sächlich wird der Vermutung Ausdruck gegeben, daß Bruno Scherl die Millionenwechsel, für die er eine Deduktion nicht aufzuweisen hatte, nur in Umlauf gebracht hat, um in dem kommenden Prozeß die Grundlage für die Austragung seiner Erbsprüche zu gewinnen.

Dr. jur. Georg Scherl, einer der Testaments- vollstreckern des Nachlasses Theres Scherls, der zwei- ten Gattin August Scherls, gibt der „Volksfren- zung" eine Erklärung ab, in der es heißt: „Ich bin der Ansicht, daß die Wechselaffäre meines Großvaters ledig- lich dem Zwecke diente, durch eine Gerichtsverhandlung den Kindern August Scherls die Möglichkeit zu geben, ihre Erbsprüche vor einem großen Forum geltend zu machen. Der Uebergang des August Scherlverlages an die Hugenberggruppe ist nach unserer Ansicht anfechtbar, da der Vertrag, der seiner- zeit mit dem Konsortium rheinischer Industrieller ge- schlossen wurde, ausdrücklich vorsah, daß der bestehende Kurs von 1913 der damaligen Regierung unverändert bleiben müsse, daß also gegen die Politik der Regierung nichts unter- nommen werden dürfe. Diese Klausel ist bereits im Jahre 1917 durchbrochen worden, als die Scherl- presse den Kurs Bethmann-Hollwegs an- griff. Dies ist durch Gutachten namhafter Juristen, u. a. Professor Kohlers, festgestellt worden. Ob unter Politik der Regierung auch die der jetzigen zu ver- stehen ist, werden juristische Gutachten ergeben müssen.

Das Zentrum gegen Erleichterung der Ehescheidung.

× Berlin, 1. Dezember.

Präsident Lohse eröffnete die Reichstagskammer am 1. Uhr und teilte mit, daß die Steuererleichterungs- gesetz beim Reichstag eingegangen ist. Sodann wurde die Aussprache über die Anträge der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten zur Reform der Ehescheidung, über die Rechtsstellung der Frau und des außerehelichen Kindes fortgesetzt.

Abg. Ehlertmann (Dntf.) erinnerte an das Elend und die Verzweiflung, die das heutige Scheidungsrecht vielfach verschuldet habe. Die Reformwünsche seien des- halb aus Gewissensnot zu gewähren.

Abg. Dr. Hanemann (Dntf.) beantragte alle vorliegenden Anträge dem Reichsausschuß zu überweisen. Man könne gespannt darauf sein, wie sich die jetzige Re- gierungsopposition bei den in ihr vorhandenen weltan- schaulichen Gegensätzen mit der vorliegenden Materie ab- finden werde.

Abg. Frau Weber (Z.) erkannte an, daß die jetzige Rechtsstellung der Frau viele Härten und Ungerechtig- keiten enthalte. Das Zentrum behalte sich seine Stellung zu diesem Teil der Anträge für den Rechtsausschuß vor. Das Zentrum nehme zum Ehescheidungsrecht Stellung, nicht unter dem Gesichtspunkt des katholischen Dogmas, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß die Grundlage des Staates in der Familie und Ehescheidung liegt, die hier angeregte Eheschei- dungsreform würde zu einer Steigerung der Zahl der Ehescheidungen führen und einen Schritt von der Ehescheidung zur Kameradschaft bedeuten. Das Zentrum halte an dem Beschuldigungsprinzip fest und lehne die hier beantragte Eheschei- dungsreform ab.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) betonte der Vor- redehrin gegenüber, die Anhänger der Ehescheidungs- reform stießen sich von der fiktionalen Verpflichtung, durch das Recht den erschlitterten Tathagen des Lebens Rechnung zu tragen. In der Frage der Staatsangehörig- keit seien die deutschen Frauen besonders benachteiligt. Der Frau müsse endlich die Gleichberechtigung gewährt werden.

Abg. Dr. Frissen (W. R.) meinte, eine Reform des ehelichen Güterrechts und des Rechts der unehelichen Mütter und Kinder sei notwendig. Die Wirtschaft- partei werde mitarbeiten an einer Reform, die einerseits den modernen wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung trägt, andererseits aber auch eine Forderung von Ehre und Moral verleihe.

Abg. Emminger (Bayr. Wp.) erkannte die Re- formsbedürftigkeit des Familienrechts an. Dabei sollte möglichst enge Fühlung mit den österreichischen Reform- bestrebungen genommen werden. Die Rechtsstellung des unehelichen Kindes müsse verbessert werden, auch die der unehelichen Mutter. Eine Erleichterung der Ehescheidung aber würde der deutschen Frau nicht zum Heil gereichen. Die Bayerische Volkspartei werde die Anträge zur Erleichterung der Ehescheidung ab- lehnen.

Abg. Frau Neuhaus (Z.) betonte die Notwendigkeit einer Verbesserung der Rechtsstellung der unehelichen Kin- der und Mütter.

Abg. Dr. v. Wendhausen (Chr. Nat. Bayern) lehnte eine Erleichterung der Ehescheidung ab. Die Ehe als Grundlage der christlichen Staatsordnung dürfe nicht erschüttert werden.

Damit schloß die Aussprache, die Anträge wurden dem Reichsausschuß überwiesen.

Ein deutschnationaler Antrag auf Vererbung des Grunderwerbssteuergesetzes wurde ohne Debatte dem Reichsausschuß überwiesen.

Um 3 Uhr vertagte sich das Haus auf Montag 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge, die sich mit der Not der Landwirtschaft beschäftigen, dazu

★

Wie man Abgeordneter wird!

Das ist allerdings ein originelles Verfahren, mit Reichstagsmandaten Schulden zu zahlen.

Stinnes glaubte also offenbar, dadurch daß er kein Wort vor den Mund nahm, den Vertretern der Siegerstaaten imponieren zu können. Er vergaß aber dabei, daß es den deutschen Delegierten darauf ankommen mußte, Millerand, Lloyd George usw. milde und gemäßigt zu stimmen. Das war durch herausfordernde Reden natürlich nicht zu erreichen. So hat Stinnes Deutschland in Spa alles andere als genützt.

● Mexiko, 1. Dez. Emilio Portes Gil hat heute sein Amt als vorläufiger Präsident von Mexiko angetreten. Im Nationalpalast leistete der Präsident seinen Eid auf die Verfassung. Die Zeremonie waren 25 000 Personen teilgenommen, hatte die Form einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern des Kongresses, die von dem Vizepräsidenten geleitet wurde. Im Anschluß an seine Vereidigung verlas Portes Gil eine kurze Botschaft, die die von ihm beabsichtigte Politik darlegte. Er erklärte, daß er zum Artikel 27 der Verfassung, der das Eigentum an Land und Petroleum vornehmen regelt, sowie zum Artikel 23 über die Arbeitergesetzgebung stehe. Er sagte, Mexiko werde seine Politik, ausländisches Kapital und ausländischen Arbeitern zu gestatten, in das Land zu kommen, nicht ändern. Er kündigte an, daß auf Einfuhr-

Paris, 30. November.

habe ich eine andere Antwort, andere Sitten. Der Handel eines Finanziers ist in der Regel ein hoch-geehrtes und nicht selten auch ein sehr nützliches Geschäft. Ich habe durch scharfe Kritik und aufrichtige Beurtheilung der Sache, die ich betriebe, die besten Resultate, die er empfielt, beim Publikum zu erzielen. Ich bin davon vollkommen überzeugt, daß die ansehnlichsten Kapitalisten meinen Rathschlägen folgen. Der Mann handelt also mit der durch eine langjährige Praxis und Erfahrung erworbenen Ware "Vertrauen". Da er aber in die Erwerbung dieser Ware Arbeit und häufig auch Kapital gekostet hat, so findet weder er noch das Publikum das geringste dabei, daß er sich diese Ware bezahlet hat. Das klingt für Deutschland kaum glaublich. Aber es ist nun einmal so. Ausnahmen, wo das Vertrauen des Publikums getäuscht wird, kommen natürlich auch vor. Aber der Mann, der die Ware "Vertrauen" veräußert, wird nicht einmal damit, daß er Betrüger magden. Man kann eben einen ehrlich Stiefelschmied als Betrüger verkaufen, aber nicht wieder.

Man ist im allgemeinen nicht in diesen Dingen in Frankreich sehr aufrichtig, und diese Aufrichtigkeit, trotz deren das Publikum weiß, wer und was hinter jeder Retzuna

Elfa-Automat

hösten Bertr
berstande,